

Drucken Zur Detailansicht Vorlesen Schließen

Aus der Eurokrise eine Chance machen

„Wir brauchen eine breite Europadiskussion auf allen Marktplätzen. Das Volk ist gemeinhin klüger als unterstellt.“

Der Leidensdruck ist noch nicht groß genug“ war oft die sarkastische Antwort von erfahrenen Politikbeobachtern im wahlfreien Jahr 2011, als allenthalben der Stillstand in der österreichischen Politik beklagt wurde. 2012 hat die Politik nochmals die Gelegenheit bekommen, aus der Euro- und Schuldenkrise eine Chance zu machen und lang verschleppte notwendige Strukturreformen durchzuziehen.

Demokratiopolitisch ist es zwar nicht sehr schön, dass das Diktat der Rating-Agenturen und der „Märkte“ – wer immer sich auch dahinter verbirgt – zum Handeln zwingt. Aber es ist zu hoffen, dass dieser Weckruf für die Regierenden, aber auch für alle Parlamentsparteien, ja für die Demokratie insgesamt gerade noch rechtzeitig erfolgte.

Es geht über die schon sehr fordernde Aufgabe der inhaltlich unterlegten Schuldenbremse und der wirtschaftlich gebotenen Reformen und Einsparungen hinaus darum, das erschütterte Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wiederzugewinnen. Es geht eigentlich um nicht weniger als um die Wieder-gewinnung des „Primats der Politik“ gegenüber der Ökonomie und um die Legitimierung der Demokratie als die auch im Zeitalter der Globalisierung beste Lebens- und Staatsform und eines unumkehrbar voranschreitenden EU- Integrationsprozesses.

Das ist natürlich eine Herausforderung für alle Euro- und EU-Staaten, aber trifft speziell Österreich. Noch nie war – empirisch belegt – das Ansehen der Politik so am Tiefpunkt wie zur Jahreswende. Nicht zuletzt deshalb wachsen Protestparteien wie die FPÖ, bilden sich immer mehr zivilgesellschaftliche Gruppen, die über Volks- und Bürgerbegehren und über Social Media Veränderungen herbeiführen wollen. Andererseits verfestigte sich der Eindruck, die Regierenden hätten Angst vor dem Volk und drückten sich vor dem Aussprechen auch unangenehmer Wahrheiten.

Wo aber seriöse Information fehlt, wachsen die abstrusen Gerüchte. 2012 sollte daher auch ein Jahr der Europakommunikation sein. Denn es ist ein Dilemma, wenn den „Eliten“ klar erscheint, dass „mehr Europa“ erforderlich ist, die Bevölkerung aber mangels geeigneten Dialogs immer EU-verdrossener wird, also eher „weniger Europa“ möchte.

Wir brauchen eine breite und differenzierte Europadiskussion. Das „Volk“ ist gemeinhin klüger, als ihm unterstellt wird. Als sich 1994 Regierung, Sozialpartner, Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen fanden, ging die EU-Abstimmung mit einem eindrucksvollen Zweidrittelvotum positiv aus. Eine solch konzertierte Aktion und ein kontinuierlicher Diskurs sind wieder geboten. Auch die Stuttgart-21-Abstimmung, die

nach monatelangen Debatten 58,8 Prozent für das Bahnprojekt brachte, sollte ermutigen. Daher wäre auch mehr direkte Demokratie sinnvoll und notwendig.

Herwig Hösele war Präsident des Bundesrats (ÖVP)